Chronik eines bilateralen Desasters

Der Äquivalenz-Beschluss ist gefasst – Brüssel begründet das Vorgehen mit der Schweizer Hinhaltetaktik

Die EU gewährt der Schweiz die Anerkennung der Börsenäquivalenz zunächst nur für ein Jahr – und erläutert erstmals näher, warum sie ihren Kurs korrigiert hat.

RENÉ HÖLTSCHI, BRÜSSEL

Am Schluss war es nur noch eine Formalität: Am Donnerstag hat die EU-Kommission im schriftlichen Verfahren den seit Tagen diskutierten Beschluss zur sogenannten Börsenäquivalenz der Schweiz gefasst. Er wird am 23. Dezember im Amtsblatt publiziert und am Tag darauf in Kraft treten. Vor allem aber läuft er am 31. Dezember 2018 aus, es sei denn, die Kommission beschliesst bis dahin, ihn zu verlängern. Beim Entscheid über eine allfällige Verlängerung solle sie insbesondere den Fortschritt in Richtung der Unterzeichnung eines institutionellen Rahmenabkommens berücksichtigen, heisst es in Erwägungsgrund 30.

Brüssel zeigt auf Bern

Dank dem EU-Beschluss können Wertpapierfirmen aus der EU Aktien, die in der EU ebenfalls zum Handel zugelassen sind oder gehandelt werden, trotz Änderungen im EU-Recht (Mifid 2/Mifir) weiterhin auch über die Schweizer Börsen kaufen und verkaufen. Störend ist aus Schweizer Sicht aber die zeitliche Begrenzung, die vergleichbare Beschlüsse zu den USA, Australien und Hongkong vergangene Woche nicht enthalten haben.

In einem ersten, im November durchgesickerten Entwurf war auch bezüglich der Schweiz weder von einer Befristung noch von einer Verknüpfung mit der institutionellen Frage die Rede gewesen. Warum ist dieser Entwurf geändert worden, nachdem ihm die Mitgliedstaaten bereits zugestimmt hatten? Ein Kommissionsbeamter hob am Donnerstag erneut den Mangel an Fortschritten in den Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen hervor. Er verwies vor Journalisten auf den Besuch von EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker bei der Schweizer Bundespräsidentin Doris Leuthard und weiteren Bundesräten am 23. November in Bern. Bei der anschliessenden gemeinsamen Medienkonferenz nannte Juncker als Zieldatum für Fortschritte bei den institutionellen Verhandlungen das Frühjahr 2018.

Laut der Brüsseler Darstellung war Juncker der Meinung, dass sich in der Sitzung beide Seiten über dieses Ziel einig gewesen seien, nachdem man beim letzten Treffen im April noch einen Abschluss bis Ende 2017 angepeilt hatte. Doch dann habe man gehört, was Mitglieder und der Sprecher des Bundesrats in den Tagen nach dem Berner Treffen gesagt hätten, erklärte der Beamte und deutete so die Brüsseler Frustration über die Berner Kakofonie an. Auch hätten die folgenden technischen Gespräche den Eindruck bestätigt, dass es keine Fortschritte gebe.

Den Schlachtrufen widerstanden
Kommentar auf Seite 11

In der EU scheint dies Zweifel gesät zu haben, ob Bern die 2017 von beiden Seiten beschworene «positive Dynamik» wirklich ernst meine. Jedenfalls gab es laut dem EU-Vertreter am Rande des EU-Gipfels von Ende vergangener Woche Konsultationen mit den Mitgliedstaaten. Daraufhin folgte die Kehrtwende: Am Freitagnachmittag hat die Kommission den Staaten einen revidierten Entwurf für den Äquivalenzbeschluss zur Konsultation vorgelegt, der neu die Befristung und den Link zum Rahmenabkommen enthielt. Während die Schweiz am Donnerstag Zweifel an der Rechtmässigkeit dieses Vorgangs erhob, verweist Brüssel auf die Verfahrensvorschriften der EU.Diese sähen vor, dass die Kommission unter ausserordentlichen Umständen auf einen derartigen Beschluss zurückkommen könne. Solche Umstände seien hier gegeben.

Lobbying ohne Erfolg

Der Rest ist bekannt: Die Schweiz hat in den letzten Tagen auf diversen Kanälen versucht, das Steuer herumzureissen. So telefonierte Leuthard am Mittwoch mit Juncker, und osteuropäische Staaten wurden an ihr Interesse am Schweizer Kohäsionsbeitrag erinnert – alles ohne Erfolg. 27 EU-Staaten haben den revidierten Vorschlag am Mittwoch unterstützt, nur Grossbritannien hat sich enthalten. Die Briten hätten besonderes Interesse an der Sache gezeigt, doch sei nicht sicher, ob sich das zugunsten der Schweiz ausgewirkt habe, heisst es in Brüssel. London ist in der Tat in einer speziellen Situation: Nach dem Brexit dürfte es selbst auf Äquivalenz-Entscheide der EU angewiesen sein, solange es am Austritt aus dem Binnenmarkt festhält.

Der EU-Beamte betont, Juncker habe die Regierungschefs keines anderen Drittstaats so häufig getroffen wie jene der Schweiz und er habe die institutionelle Frage jedes Mal angesprochen. Die Mitgliedstaaten wiederum haben zuletzt in ihrer Schweiz-Erklärung vom Februar 2017 auf die sich die Kommission nun beruft, einen institutionellen Rahmen als Voraussetzung für die weitere Entwicklung des sektorbezogenen Ansatzes (zur Teilnahme am Binnenmarkt) gefordert.

NZZ, 22. Dezember 2017

LI FENG

CHINA DAILY, 19. November 2015

«Die EU wird es in zwanzig Jahren so nicht mehr geben»

Dem Nationalstaat und nicht internationalen Organisationen gehöre die Zukunft, sagt der Soziologe Wolfgang Streeck. Nur hier gebe es eine demokratische Kontrollmacht. Interview: Thomas Isler

NZZ am Sonntag: *Herr Streeck, braucht es in Europa noch einzelne Nationen, oder soll die EU unsere politischen Probleme lösen?*

Wolfgang Streeck: Die moderne Demokratie ist aus Konflikten erwachsen – innerhalb von Nationalstaaten. Und da hat sie bis heute ihre Heimat. Internationale Organisationen sind dagegen Expertenherrschaften. Es fehlt ihnen, was ich die plebejische Dimension der Demokratie nennen möchte.

Was meinen Sie damit?

Demokratie besteht nicht darin, dass eine gebildete Schicht nett zueinander ist und gemeinsam nach Problemlösungen sucht. Diejenigen am unteren Rand der Gesellschaft müssen ebenfalls ihre raue Stimme erheben und sagen können, was sie wollen.

Diese Möglichkeit, seine Stimme zu erheben, hat aber in Europa jüngst vor allem Probleme verursacht.

Die Probleme der einen sind die Lösungen der anderen – und umgekehrt. Man muss in einer Demokratie darüber streiten können, was überhaupt die Probleme sind.

> **Man muss in einer Demokratie darüber streiten können, was überhaupt die Probleme sind.**

Für Sie ist die Nation also die Garantin der Demokratie?

Nicht die Nation, sondern der Nationalstaat. Die Art von Demokratie, die ich meine, gibt es nur in Staaten, und die einzigen Staaten, die es gibt, sind Nationalstaaten – mehr oder weniger.

Man könnte die Demokratie doch auch auf eine überstaatliche Stufe heben. Angela Merkel und Emmanuel Macron – beide demokratisch legitimiert – wollen die EU reparieren und den Euro stabilisieren.

Es wird wahrscheinlich nichts dabei herauskommen. Die Interessen von Frankreich und Deutschland in Bezug auf den Euro sind so unterschiedlich, dass abgesehen von symbolischer Politik zur Rettung des politischen Kapitals der beteiligten Regierungen nicht viel geht. Nehmen Sie den europäischen Finanzminister. Für die Deutschen ist das jemand, der darauf achtet, dass die Sparpläne eingehalten werden. Für die Franzosen hingegen ist das einer, der ein Budget hat für Investitionen in Frankreich, die bei Einhaltung der Defizitgrenzen nicht zu finanzieren wären. Solche Investitionen möchten die Italiener dann aber auch, ebenso die Griechen und die Portugiesen.

Genau deshalb müsste man doch die Nationen überwinden.

Was heisst überwinden? Gegen den Willen ihrer Bürger? Und was soll an ihre Stelle treten? Wir sollten den Nationalstaat als Ort von Demokratie nicht abschaffen wollen, bevor wir einen Ersatz haben. Jeder Versuch, Europa unter eine einheitliche Regierung zu bringen, führt zur Spaltung. Schauen Sie sich das dramatisch schlechte Verhältnis zwischen den Euro-Ländern im Norden und im Mittelmeerraum an. Europa von Hammerfest bis Palermo hatter einer Regierung gingen nur als Technokratie, abgelöst von den Vorstellungswelten seiner Bürger, regiert von moralisch sich überhebenden Besserwissern. Es wäre eine politische Gemeinschaft ohne gemeinsame Sprache, ohne gemeinsame Traditionen, ohne ein gemeinsames Verständnis von Problemen und Lösungen – ein Kopf- und Kunstprodukt.

Sie als Linker vertreten die Idee des Nationalstaates? Wollen Sie zurück ins 19. Jahrhundert?

Was für eine Rhetorik! Der Nationalstaat ist kein Rückschritt, sondern ein Fortschritt. Die Zahl der Nationalstaaten wächst ständig. Es gibt heute etwa 200 davon. Als die Uno gegründet wurde, nach dem Zweiten Weltkrieg, waren es nicht mehr als 60. Der demokratisierbare Nationalstaat scheint ein Erfolgsmodell zu sein. Interessanterweise sind viele Staaten klein; die mittlere Einwohnerzahl liegt bei 17 Millionen. Es scheint also eine gewisse Präferenz für Homogenität zu geben – je kleiner eine Gesellschaft, umso homogener ist sie in der Regel. Der Nationalstaat als politische Organisation ermöglicht es, regional fundierte Interessen ansässiger Bevölkerungen in der Welt zu vertreten. Das muss nicht durch Gewalt geschehen. Die Welt der westeuropäischen Nationalstaaten ist seit sieben Jahrzehnten befriedet.

Wie können denn Nationalstaaten die Interessen ihrer Bevölkerung in einer globalen Ökonomie vertreten?

Dadurch, dass man mit einer klugen Wirtschaftspolitik für seine Bevölkerung einen Platz im Weltmarkt sucht, an dem sie gut leben kann. Dazu muss man sich nicht unbedingt auf das Beherbergen unversteuerter Vermögen spezialisieren. Nehmen Sie ein Land wie Dänemark, das mit Design, Consulting und Logistik für sich eine friedliche Nische gefunden hat. Ihre Währung haben die Dänen an den Euro gebunden, können das Band aber immer noch verlassen, wenn das Probleme macht. Nationalstaatliche Souveränität in gemässigter und klug eingesetzter Form kann in der globalisierten Welt ein nützliches Instrument sein.

Sie haben gesagt, die plebejische Dimension der Demokratie – andere nennen es Populismus – entfalte reale Wirkung. Wo und wie?

Selbst jemand wie Macron, ein Bankier und Technokrat, muss zur Kenntnis nehmen, dass es nur ein paar Prozentpunkte waren, die verhindert haben, dass der zweite Wahlgang zwischen den Populisten Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon stattfand. Dass er als Retter die fehlende soziale Dimension der EU beklagt hat, könnte bedeuten, dass bestimmte Signale angekommen sind.

Nationale Demokratien vermögen also in der EU mehr zu ändern, als man meint?

Die einseitige, sehr innenpolitisch motivierte Grenzöffnungspolitik der Regierung Merkel, mit ihren für die Europäische Union zerstörerischen Wirkungen, wäre womöglich noch eine Zeitlang weitergegangen, wenn die AfD nicht in den Landtagswahlen im Frühjahr 2016 zugelegt hätte. Ohne die deutsche Immigrationspolitik im zweiten Halbjahr 2015 wäre die Brexit-Abstimmung sehr wahrscheinlich anders ausgegangen; es ging ja nur um wenige Prozentpunkte.

Das Konzept der Nation steht in Deutschland besonders unter Verdacht. Trümmen die Deutschen mehr als andere von der grenzenlosen Gesellschaft?

Das könnte so sein. Nirgends scheint die Sehnsucht nach Grenzenlosigkeit so verbreitet wie in Deutschland, auch wenn es sich tatsächlich nur um neoliberale Grenzenlosigkeit handelt. Das hat wohl auch damit zu tun, dass man die Nationalgeschichte loswerden will. Man hofft, künftig den deutschen durch einen europäischen Nationalismus ersetzen zu können.

Damit die EU überleben kann, muss sie entweder näher zusammen- oder weiter auseinanderrücken. Was wäre besser?

Wir brauchen weniger EU. Ich könnte mir vorstellen, dass die EU künftig als Plattform für unterschiedliche Formen freiwilliger Kooperation zwischen den europäischen Nationen dient. Vor allem dürfte eine künftige Europäische Union nicht wie die derzeitige durch und durch reguliert sein, was sie heute praktisch unreformierbar macht. Gegenwärtig sind Änderungen der Verträge oder Korrekturen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes so gut wie unmöglich. Das gebört für mich zu den schwerwiegendsten demokratischen Defiziten der Europäischen Union.

Wie lange wird die Union noch bestehen?

Die EU wird es in zwanzig Jahren in ihrer heutigen Form nicht mehr geben. Aber für was würde das nicht gelten? Auch den Euro wird es so nicht mehr geben. Zusammenarbeit schon, freiwillige Koordinierung, gegenseitigen Respekt, und hoffentlich mehr davon; natürlich werden wir die einheitliche Spurweite der Eisenbahnen in Europa beibehalten, und vielleicht wird man sogar aus der Schweiz heraus mit dem Mobiltelefon zu Hause anrufen können, ohne dafür ein Vermögen bezahlen zu müssen. Aber die technokratische europäische Regierung von oben hat schon lange aufgehört zu funktionieren, was beispielsweise der Euro zeigt. Auch wenn ihre Funktionäre das partout nicht wahrhaben wollen.

Sie haben einmal gesagt, das grösste Problem der Europäischen Union sei die Gebetsstarre, in welche die Leute verfallen, wenn sie das Wort EU hören.

Absolut. Ich glaube, dass für viele in der Mittelschicht Europa zum Gegenstand einer Zivilreligion geworden ist. Wenn man sieht, dass der moderne Kapitalismus vor ungeheuren Schwierigkeiten steht – Supervershuldung, zunehmende Ungleichheit, abnehmendes Wachstum, Umweltprobleme –, kann man nicht so tun, als ob die europäischen Probleme in der nationalstaatlichen Organisation der europäischen Politik bestünden. Nicht wenige scheinen zu glauben, mit Hilfe eines Superstaats, der allerdings vom Himmel fallen müsste, den fundamentalproblemen des globalen Kapitalismus entkommen zu können. Das kommt einer Religion schon sehr nah.

Sind nationale Demokratien für Sie ein Mittel gegen den Kapitalismus? So wie etwa für die belgische Politologin Chantal Mouffe, die einmal gesagt hat: «Der Hauptfeind der Neoliberalismus ist die Souveränität des Volkes.»

Ja, da ist was dran.

Das könnte aber auch von Marine Le Pen stammen?

Ich kann mir ja nicht verbieten, das zu vertreten, was ich nach harter Nachdenkarbeit für richtig halte, nur weil jemand anders, den ich nicht leiden kann, das auch vertritt. Politiker sind Leute, die aus dem Ideenumfeld ihrer Gesellschaft herauslauben, was ihnen ins Zeug passt. Der Front national war antisemitisch und neoliberal, jetzt ist er angeblich nicht mehr antisemitisch und verteidigt den Sozialstaat. Soll ich deshalb aufhören, Rassismus zu verabscheuen und für eine demokratisch-egalitäre Politik einzutreten? Der Neoliberalismus ist die gegenwärtige Ideologie der amerikanischen Globalpolitik. Im Verhältnis zu dieser und ihrem Expansionsdrang kann nationale Souveränität ein nützliches Verteidigungsinstrument sein, das man nicht schlechtreden sollte.

«Unterschiedliche Interessen»: Konferenz mit Merkel und Macron. (Brüssel, 23. Juni 2017)

Wolfgang Streeck

Wolfgang Streeck, 70, war von 1995 bis 2014 Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Früh kritisierte er den Euro aus einer linken Position. Der Soziologieprofessor trat nach langer Mitgliedschaft aus der SPD aus, weil diese Thilo Sarrazin nicht ausschliessen mochte.

PERSPECTIVE CH
Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Presse-spiegel

Brüssel startet Countdown für Rahmenvertrag

EU Um Druck beim Rahmenabkommen auszuüben, plant die Kommission den vollen Marktzugang der Schweizer Börse vorerst nur für ein Jahr zu erlauben.

VON REMO HESS, BRÜSSEL

Das Tauwetter zwischen Brüssel und Bern dürfte bald vorbei sein: Die EU-Kommission plant den Zugang der Schweizer Börse zum europäischen Aktienhandel nur provisorisch, genauer für die kommenden 12 Monate zu gewähren. Dies berichtet «SRF» gestützt auf ein internes Dokument gestern Abend. Der Grund, weshalb die Gleichwertigkeit der Schweizer Börsenregulierung mit jener der EU (MiFidII) als Voraussetzung für den Marktzugang nur vorläufig anerkannt werden soll, ist das institutionelle Rahmenabkommen.

Der Aufbau einer Drohkulisse stellt eine neue Qualität dar.

«Politisches Bekenntnis» nötig

Schon am Wochenende machte ein hoher EU-Diplomat gegenüber der «Nordwestschweiz» deutlich, dass Brüssel endlich ein «politisches Bekenntnis» erwarte und die Schweizer Verzögerungstaktik nicht mehr goutiere. Und auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte bei seinem Besuch in Bern im November, er wolle eine Einigung bis im Frühjahr 2018.

Offiziell will die EU-Kommission die 12-monatige Quasi-Schonfrist nicht bestätigen und verweist auf den laufenden Entscheidungsprozess. Die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten können ihre Meinung noch bis am Mittwochnachmittag einbringen. Hinter vorgehaltener Hand wird jedoch signalisiert, dass die EU-Kommission nur bereit ist, der Schweiz weiterhin vollen Marktzugang zu gewähren, wenn sie ein institutionelles Rahmenabkommen abschliesst. Sowohl im EU-Bericht zu den Beziehungen zur Schweiz im Jahr 2014 wie auch 2017 sei dieser Zusammenhang stets festgehalten worden. Generell wird betont, dass Marktzugang Hand in Hand gehe mit dem Akzeptieren von EU-Regeln, der Rolle des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), der Aufrechterhaltung gleicher Wettbewerbsbedingungen und dem Beitrag zur Kohäsionspolitik.

Während die EU-Kommission die bilateralen Verträge und sogenannte Äquivalenz-Anerkennungen, wenn auch mit taktischen Verzögerungen, stets aktualisiert hat, stellt eine solch zeitgebundene Verknüpfung mit dem institutionellen Rahmenabkommen und der Aufbau einer Drohkulisse eine neue Qualität dar. Dem Vernehmen nach arbeiten Schweizer Diplomaten mit Hochdruck daran, Brüssel von diesem Vorhaben abzubringen.

Noch vor kurzem betonte Juncker, man treibe die gemeinsamen Beziehungen in sämtlichen Bereichen «parallel» und in einem «partnerschaftlichen Verhältnis» voran. Mit CVP-Bundespräsidentin Doris Leuthard hat der Luxemburger Christdemokrat nach gegenseitigem Bekunden im vergangenen Jahr eine «positive Dynamik» entfacht. Jetzt lautet die Botschaft: Wenn die Schweiz beim Institutionellen nicht in die Gänge kommt, lassen wir jede noch so technische Angelegenheit zur Zitterpartie verkommen.

NORDWESTSCHWEIZ, 19. Dezember 2017

«Regulierung schadet Europa»

Der dienstälteste Grossbankchef des Kontinents zieht Bilanz

MATTHIAS BENZ, WIEN

Keiner leitet so lange eine Grossbank in Europa wie Andreas Treichl von der österreichischen Erste Group. In den 20 Jahren an der Spitze der Bank hat er den Osteuropa-Boom, die Finanzkrise und die Rückkehr zu normalen Geschäften erlebt. Im Gespräch übt Treichl scharfe Kritik an der Bankenregulierung. Sie sei übers Ziel hinausgeschossen: «Sie erzeugt keinen Mehrwert mehr für die Sicherheit des Finanzsystems und der Menschen.» Vor allem die europäische Politik müsse höllisch aufpassen, da Europa wesentlich stärker von Banken abhängig sei als der angelsächsische Raum und keine wirklich funktionierenden Kapitalmärkte habe. «Die Regulierung droht Europa zu schaden.»

Treichl, ein Charakterkopf aus einer illustren Wiener Familie, kennt sich in Zentral- und Osteuropa bestens aus. Er hat die Erste von einer relativ kleinen österreichischen Sparkasse zur führenden Bank in der Region ausgebaut. Treichl verteidigt diese Ostexpansion, auch wenn sie in Österreich während der Krise kritisch gesehen wurde. Zwar stellt er die politischen Probleme in der Region nicht in Abrede: «Natürlich gibt es ein paar verrückte Figuren in Zentral- und Osteuropa.» Gleichzeitig fordert er aber Verständnis ein. Die Demokratie in den östlichen EU-Ländern sei gerade einmal knapp 30 Jahre alt, Vorkommnisse wie derzeit in Polen oder Ungarn gehörten zum Entwicklungsprozess. Umgekehrt macht sich Treichl Sorgen um den Westen. Die Erosion des Mittelstandes wie in den USA sei eine grosse Gefahr für die Demokratie.

Treichl ist nicht der Ansicht, dass die klassischen Banken im Zuge der digitalen Revolution verschwinden werden. So ist er überzeugt, dass die Erste Group auch in 20 Jahren noch Filialen haben werde. Seine Bank hat auf die Digitalisierung anders reagiert als andere Banken. Man hat eine offene digitale Banking-Plattform namens George lanciert, die auch für alternative Anbieter wie Fintechs zugänglich ist und zu einer Art iTunes-Store für Finanzdienstleistungen werden soll. Künftig können Kunden auch ihre Konten bei anderen Banken über diese Plattform verwalten.

Hinsichtlich der neuen Regierung in Österreich äussert Treichl die Hoffnung, dass die Schwächen im Verwaltungsapparat angegangen würden und die Belastung der Steuerzahler reduziert werde. Man müsse aber auch darauf achten, Gräben in der Gesellschaft nicht weiter aufzureissen.

Fokus der Wirtschaft, Seite 27

NZZ, 22. Dezember 2017

Von seiner Mission getrieben

25 Jahre nach dem EWR-Nein trafen sich einige der wichtigsten Exponenten, die 1992 gegen viel Widerstand für eine unabhängige Schweiz kämpften, im Bärenmattensaal Suhr. Allen voran Christoph Blocher. Der ehemalige Nationalrat und Bundesrat zeigt auch mit 77 noch keine Ermüdungserscheinungen und setzt sich weiterhin vehement gegen einen EU-Beitritt ein.

Bilder: ub

Christoph Blocher vor einer Broschüre, die seine Frau Silvia vor der EWR-Abstimmung verfasste.

Einige der vordersten Reihen im Bärenmattensaal sind leer. Obwohl Christoph Blocher als Referent angesagt wurde und mit seinen temperamentvollen Reden immer noch ein Publikumsmagnet ist. Der Unternehmer Otto Suhner ist in seiner Funktion als Präsident von perspective.ch, dem sogenannten Forum für Weltoffenheit und Souveränität, Gastgeber des Abends. Er gehörte zu den einzigen Wirtschaftspersönlichkeiten, die 1992 Gegensteuer zur damals hoch angepriesenen Einbindung der Schweiz in die Europäische Gemeinschaft EG (heute EU) gab. Obwohl sie als nützlich für die Wirtschaft und schonend für die Souveränität angepriesen wurde. Die EWR wäre ein «Trainingscamp» zum späteren Beitritt in die EU gewesen, da waren sich sowohl der damalige Bundesrat als auch die Kontrahenten einig. Seit ihn eine Journalistin einmal gefragt hat, um welches Elektrizitätswerk es sich bei der EWR handle, spricht Blocher das Wort wieder ganz aus: EWR = Europäischer Wirtschaftsraum. Das Publikum lacht, die meisten sind reiferen Jahrgangs und haben das EWR-Nein am 6.12.1992 in lebendiger Erinnerung. Für sie sind Suhner und Blocher Helden, die sich gegen die Masse stellten. Etwas dünner gesät sind die jungen Zuschauer. «Wenn es im 22. Jahrtausend überhaupt noch Bücher gibt, wird eine Person darin stehen, welche die direkte Demokratie der Schweiz gerettet hat», ist Nationalrat Luzi Stamm überzeugt und wendet sich dann an den «Star» des Abends, der mit seiner Frau Silvia noch im Publikum sitzt: «Herzlichen Dank an Sie, Christoph Blocher», meint er.

Nationalrat Luzi Stamm war voll des Lobes über Blochers Engagement.

Otto Suhner – einer der Ersten, für ein Nein zum EWR plädierte.

Der angesprochene 77-Jährige tritt mit einer Vitalität auf die Bühne, wie sie für Personen seines Alters selten ist. Er ist getrieben von seiner Mission, die Schweiz zu retten. Und dann kommen nochmals die ganzen Reminiszenzen aus der Vergangenheit aufs Tapet. «Zwölf Monate vor der Abstimmung prophezeiten Umfragen 80 Prozent Zustimmung zum EWR-Vertrag. Die Befürworter sagten für den Fall eines EWR-Neins den Schweizern Armut und den Untergang der Eidgenossenschaft voraus.» Er lobt die damaligen Gegner des Vertrages, die er als «standhafte Männer und Frauen» bezeichnet, die von der «classe politique» als Hinterwäldler verspottet wurden. Er sei erschrocken gewesen, wie schnell über Nacht die Säulen der Schweizer Neutralität und Unabhängigkeit fallen gelassen wurde. Mindestens 200 Vorträge habe er pro Jahr im Vorfeld der EWR-Abstimmung gehalten und sei als Populist und gar Teufel verschrien worden. Auf der Grossleinwand wird eine Broschüre aus dem Jahr 1992 gezeigt, die vor der EWR-Abstimmung am Kiosk in Verkauf ging. Verfasst wurde sie von seiner Frau Silvia, die damals meinte. «Wir sollten einmal aufschreiben, was Du ständig erzählst.» Dass Blocher gut mit Kritik umgehen kann und sich nicht so schnell verbiegen lässt wie manche andere Politiker, können ihm selbst seine Gegner nicht absprechen. Aber auch wenn er mit seiner ruppigen und direkten Art reüssierte und als Hauptinitiant für das Nein zum EWR-Betritt galt, war er sich nicht immer so sicher wie es schien. «Mich plagten oft Zweifel, vor allem nachts. Wir wussten ja nicht, wie die Zukunft herauskommt.» Nach der Abstimmung begann für Blocher und die SVP ein steiler politischer Aufstieg.

Christoph Blocher ist ganz offensichtlich in seinem Element bei der Rede an der perspective.ch-Versammlung.

Auf Widerstand gegen den EWR-Beitritt wie das 1992 der Fall war, stösst man heute nicht mehr. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer ist gegen einen EU-Beitritt. Doch Blocher traut der Sache nicht. «Die Verlierer haben den Volksentscheid von damals nie akzeptiert. Die Schweizerischen Staatssäulen sind gefährdet. Nicht von aussen sondern von innen.» Nach wie vor würden Verwaltung, Bundesrat und Parlament sowie Grossunternehmen mit ihren ausländischen Managern an einer Anpassung an das Ausland arbeiten und darauf abzielen, die institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU durch einen Rahmenvertrag zu fördern. Doch dieser führe schlussendlich zum EU-Beitritt. «Es gilt, diesen Irrweg zu unterbinden», meint Blocher und zieht sein Fazit: «Wir stehen wieder – wie vor 25 Jahren – am Anfang des Kampfes für Unabhängigkeit, weil die classe politique das Gegenteil will.» Für ihn ist es klar: Keine Verträge, die die Handlungsfreiheit der Schweiz einschränken; keine Ankettung an die EU durch einen Rahmenvertrag; nein zur Personenfreizügigkeit und damit zusammenhängend ein klares Ja zur Volksinitiative für die massvolle Zuwanderung. Will er die Schweiz als Inselstaat vor dem Rest der Welt abschotten? «Keineswegs. Ich plädiere für freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern. Dafür, dass wir den bewährten Weg einer freien Schweiz mitten in Europa weitergehen und dort Grenzen ziehen, wo die schweizerische Unabhängigkeit, Neutralität sowie die Rechte von Volk und Ständen in Gefahr sind.» Ob man in der heutigen globalisierten Welt «de Füüfer und's Weggli» haben kann, und was die Zukunft bringt, kann auch ein Christoph Blocher nicht beantworten. Er wird aber sicher niemals aufhören, für seine Ideale zu kämpfen.

Ursula Burgherr

Christoph und Silvia Blocher sind seit 50 Jahren verheiratet – hier im Bild mit Otto Suhner (l.).

BASLER WOCHE, BASELLAND WOCHE, AARAUER WOCHE, BADENER WOCHE: 9. November 2017
ZÜRI ZEITUNG, LIMMATTALER WOCHE, AARGAUER WOCHE: 2. November 2017

Christoph Blocher referierte in Suhr 25 Jahre nach EWR-Abstimmung bei Perspective CH

Nein zur EU im Rück- und Ausblick

Am 6. Dezember 1992 lehnten Stimmbürger und Stände den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum ab. Das Jubiläum» bot Anlass zur Rückschau.

MAX WEYERMANN

Christoph Blocher: Wortgewaltig wie eh und je

Otto H. Suhner mit Silvia und Christoph Blocher BILDER: MW

Perspective CH, das Forum für Weltoffenheit und Souveränität, war 1993 durch die Mitglieder des Komitees gegründet worden, die sich im Zusammenhang mit der Abstimmung erfolgreich gegen den EWR und damit gegen das «Trainingslager zum EG/EU-Beitritt» zur Wehr gesetzt hatte. Das Forum, das somit 2018 sein 25-jähriges Bestehen feiern kann, besteht weiterhin und setzt sich unentwegt für die Unabhängigkeit unseres Landes ein. Es weiss den Grossteil der Schweizer Bevölkerung und zahlreiche regionale, kantonale und nationale Politiker hinter sich. Anlässlich der diesjährigen Mitgliederversammlung, die vorgängig zum Abend mit Christoph Blocher stattfand, bekräftigte der Brugger Unternehmer Otto H. Suhner, seit der Gründung Präsident von Perspective CH, einmal mehr den ungebrochenen Willen zum Kampf gegen eine Anbindung an die Europäische Union, sei es durch ein Rahmenabkommen (mit automatischer Übernahme von EU-Recht, Anerkennung einer übergeordneten Gerichtsbarkeit und Sanktionsmöglichkeiten) oder einen Beitritt durch die Hintertür. Suhner betonte, bei Bedarf sei man bereit, die Intensität des Kampfes gegen die Aufgabe unserer Eigenständigkeit schlagartig hochzufahren. Das Präsidium und das aus rund hundert aktuellen und ehemaligen Ständeräten, Nationalräten, Regierungsräten und Grossräten bestehende Co-Präsidium wurden für eine weitere Amtsperiode bestätigt.

Der Kampf geht weiter

Zur öffentlichen Veranstaltung mit Christoph Blocher fanden sich einige hundert Politikinteressierte im Bäremattesaal in Suhr ein. Der Unternehmer war nach 24 Jahren im Nationalrat von 2004 bis 2007 als Bundesrat Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements gewesen. In seinem Referat zum Thema «25 Jahre nach dem EWR-Nein – wo stehen wir heute?» bezeichnete er den mit einer knappen Mehrheit von 50,3 % Nein gewonnenen Urnengang vom 6. Dezember 1992 als wichtigste Volksabstimmung des 20. Jahrhunderts. Die trotz vorhergehender massiver Ja-Propaganda durch gewisse Medien, Regierung, Parlament, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Industrie, Gewerbe und Hochschulen erfolgte Ablehnung wollten die Befürworter der Vorlage nicht akzeptieren, und sie haben sie gemäss den Ausführungen Blochers zum Teil bis heute nicht verdaut. Dies habe zur Folge, dass nun versucht werde, eine EU-Anbindung sozusagen auf dem Weg durch die Hintertür zu erreichen. Die Bilateralen Verträge seien unter «grössten Falschversprechen und Lügen durch die spätere Volksabstimmung gepaukt» (Zitat) worden, so vor allem das folgenreiche Personenfreizügigkeitsabkommen und Schengen/Dublin. «Und Bundesrat und Parlament weigern sich zudem bis heute, die von Volk und Kantonen am 9. Februar 2014 angenommene Masseneinwanderungsinitiative, diesen Verfassungsartikel, durchzusetzen», so Blocher. Diese Missachtung des Volkswillens zeige, dass Misstrauen gegen die Classe politique angebracht sei: «Heute gilt es, den Irrweg hin zur institutionellen Verknüpfung mit der EU zu unterbinden. Wir stehen sozusagen wieder am Anfang des Kampfes für Unabhängigkeit.» Generell sei zu bemerken, dass im Bundesrat und im Parlament grosse Angst bestehe, dass das Schweizer Volk einen solchen Unterwerfungsvertrag ablehnen werde. Deshalb versuche man mittels dauernd neuer Verschleierungen, dessen Inhalt umzudeuten und damit zu vertuschen. Der Referent äusserte die Überzeugung, dass heute auf höchster Ebene wesentlich unehrlicher und hinterhältiger argumentiert werde als vor 25 Jahren. Damals habe der Bundesrat in seiner Botschaft an das Parlament klar zugegeben, dass ein EWR ohne späteren EU-Beitritt keine Lösung darstelle. Solche staatspolitische Korrektheit werde im landesverräterischen und rechtsbrecherischen Milieu, das zurzeit in der Landeshauptstadt herrsche, unterbleiben. Und wörtlich: «Wer unser Land verrät, gehört nicht nach Bern!»

Was ist zu tun?

Christoph Blocher: «Bis zum Abstimmungskampf zum Rahmenabkommen sind alle erdenklichen parlamentarischen Abwehrmassnahmen zu ergreifen. Im Parlament ist das obligatorische Referendum zu verlangen, und diejenigen, die diese Selbstverständlichkeit ablehnen, müssen an den Pranger gestellt werden. Das Motiv der Befürworter des Rahmenabkommens ist klar zu benennen. – Wir brauchen diesen Vertrag nicht! Der Weg einer freien Schweiz mitten in Europa ist einfach. Wir gehen den bewährten Weg, das heisst, wir pflegen mit allen Ländern der Welt freundschaftliche Beziehungen. Nicht angetastet werden dürfen dabei unsere Unabhängigkeit, Neutralität sowie die Rechte von Volk und Ständen. Also: Kein EU-Beitritt, keine Verträge, welche die Handlungsfreiheit der Schweiz einschränken, keine Ankettung an die EU, keine Neuauflage des EWR, Ja zur Selbstbestimmungsinitiative, Nein zur Personenfreizügigkeit, das heisst Ja zur Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative).» All dies könne – wie 1992 vorgemacht – nur durch entschiedenen Widerstand der Bürgerinnen und Bürger erreicht werden.

Nach kurzen Rückblicken von Nationalrat Luzi Stamm und alt Regierungsrat Ernst Hasler auf die 25-jährige Geschichte des Einsatzes für die Unabhängigkeit der Schweiz erwies Perspective-CH-Präsident Otto H. Suhner dem unermüdlichen Kämpfer Christoph Blocher und dessen ebenfalls anwesender Gattin Silvia die Reverenz mit Worten und Präsenten.

Wochenkommentar von Andreas Schaffner zum Konflikt zwischen Spanien und Katalonien

Das Demokratie-Versagen in der EU

Die EU hat nach dem Unabhängigkeitsreferendum in Katalonien ein ernsthaftes Problem. Nach der Abstimmung, die grundlegenden demokratischen Prinzipien nicht gerecht wurde, müsste sie eigentlich zwischen den Parteien vermitteln. Von den Katalanen etwa demokratisch saubere Verfahren verlangen und von der spanischen Zentralregierung Gesprächsbereitschaft und Zurückhaltung beim Einsatz der Sicherheitskräfte. Doch schon jetzt ist klar, dass «Brüssel» von den Katalanen kaum als unabhängige Vermittlerin akzeptiert werden wird. Kaum verwunderlich, dass Frans Timmermans, Vizepräsident der EU-Kommission, am Mittwoch in Strassburg festgehalten hat, dass die EU-Kommission den Konflikt um Katalonien weiterhin als eine interne Angelegenheit Spaniens betrachtet.

Regionen werden in der EU stiefmütterlich behandelt

Nun blockiert der offen ausgetragene Unabhängigkeitskampf nicht nur Spaniens Reformprozess, sondern zeigt einmal mehr, wie gross das Demokratiedefizit in der EU ist. Einzelne Regionen können sich im eigenen Land kaum Gehör verschaffen, sie fühlen sich benachteiligt und Brüssel scheint dies nicht zu kümmern. Ja mehr noch: Würde eine Region eine Abspaltung beschliessen, wäre sie nicht einmal mehr Mitglied der EU. Die Regionen kommen also mehr als nur schlecht weg in der EU.

Dabei ist regionale Identität in Europa gelebter Alltag. Wer ins französische Perigord reist, um die Küche und die Landschaft zu geniessen, der merkt bald, wie wichtig dort die Region für die Menschen ist – und nicht Paris. Wer in Sardinien im Hinterland wandert, erkennt, wie stolz die Sarden auf ihr Fleckchen Erde sind und wie weit weg die Probleme in Rom. Nicht alle tragen wie die Katalanen, die Schotten, die Basken, die Korsen, die Wallonen oder die Venetier ihr Unabhängigkeitsbestreben offen auf der Strasse aus.

Ein Konzept aus längst vergangenen Tagen taugt nichts

Das «Europa der Regionen» ist jedoch ein Konzept, das noch vor der grossen Krise entstanden ist. Ein Schönwetterkonzept, das nie richtig umgesetzt wurde. Es hätte dazu dienen sollen, dass die Regionen in ihrer Identität gestärkt und ihre Anliegen in Brüssel gehört werden. Es wäre eine Möglichkeit gewesen, dem ganzen Gebilde EU zu mehr demokratischer Legitimation zu verhelfen. Doch in Brüssel wollte oder konnte man damit nie richtig warm werden. Und auch die zentralistisch regierten Staaten Europas, allen voran Frankreich,

Andreas Schaffner
Mitglied der Chefredaktion und Autor

«Menschen wenden sich von den etablierten Parteien ab. Hin zu Politikern, die mehr Autonomie versprechen.»

aber auch Spanien fürchten stets selber an Macht gegenüber den Regionen zu verlieren. Doch was ist eine Region, wo sind die Grenzen? Auch diese Fragen wären im Zweifelsfall nur sehr schwer zu beantworten.

«Mehr Europa wagen» geht nicht ohne demokratische Absicherung

Mit oder ohne ein «Europa der Regionen»: Ausgerechnet jetzt wäre aber eine demokratische Legitimation der EU nötiger denn je. Denn die Gemeinschaft – diejenigen Staaten zumindest, die den Ton angeben in Brüssel – will sich nach der ausgestandenen Finanzkrise noch enger in Richtung Bundesstaat entwickeln. Zumindest schwebt dies Frankreichs Präsident Emmanuel Macron vor und wohl auch der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Und auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sprach jüngst davon, «mehr Europa zu wagen». Das geht jedoch nur, wenn den Nationalstaaten Souveränität entzogen wird – etwa in Fragen der Finanzen oder Verteidigung. Und ein solcher Schritt würde nur dann erfolgreich, wenn die Menschen nicht das Gefühl hätten, dass über ihre Köpfe entschieden wird. Doch von alledem ist heute nichts zu sehen. Im Gegenteil: Viele Menschen wenden sich von den etablierten Parteien ab. Hin zu Politikern, die mehr Autonomie versprechen.

Die Schweiz wird immer wieder als Vorbild herangezogen für ein multiethnisches Zusammenleben. Auch der friedlich ausgetragene Jurakonflikt etwa zeigt, wie man es machen kann, wenn eine Gemeinde einen Kanton verlassen will. Regelungen für einen Austritt einer Gemeinde aus der Einheit oder eines Kantons aus der Schweiz gibt es in der Schweiz so wenig wie in der EU. Deshalb werden auch hier solche Fragen von Fall zu Fall neu behandelt.

Jurakonflikt in der Schweiz ist ein Vorbild für die EU

Ja klar, eine Gemeindeabstimmung in Moutier ist kaum vergleichbar mit der Situation in Katalonien. In Spanien spielt die schwierige Staatenbildung mit hinein und auch die fürchterliche Zeit der Franco-Diktatur. Doch sie kann zeigen, wie man mit solchen Wunden, welche es in Europa noch viele gibt, umgehen kann. Es braucht eine schonungslose Auseinandersetzung ohne Tabus, aber mit Respekt. Und Prozesse, seien sie von der EU verordnet oder von einzelnen Staaten, die dafür sorgen, dass sich die Menschen in ihren Bestrebungen ernst genommen werden. Übrigens: Das gilt nicht nur bei Autonomiebestrebungen, sondern auch wenn es um den Ausbau der EU geht.

andreas.schaffner@schweizamwochenende.ch

Ein bisschen älter, aber nicht müde

Christoph Blocher In Suhr feierte man 25 Jahre Nein zum EWR. Ein Stimmungsbericht aus dem Schützengraben

VON MARIO FUCHS (TEXT UND FOTO)

Der Mann begeistert und erzürnt Menschen, und er braucht dafür nur zwei Dinge: eine Bühne und ein Mikrofon. An diesem Dienstagabend ist es die Bühne des Bärenmattsaals in Suhr, die «Herr Dr. Christoph Blocher, ehemaliger Nationalrat und Bundesrat», betritt. Eine Zeit lang bildet der Hellraumprojektor hinter ihm das Deckblatt einer Broschüre ab, die 1992 vor der Abstimmung über den Beitritt zum europäischen Wirtschaftsraum am Kiosk verkauft wurde. Titel: «EWR – Der falsche Weg für die Schweiz». Verfasst von Silvia Blocher, die zu ihrem Gatten gesagt hatte: «Du erzählst ja immer das Gleiche. Wir sollten das einmal aufschreiben.» Das Cover zeigt den 52-jährigen Blocher in einer Schwarz-Weiss-Fotografie, Brille auf der Nasenspitze, scharfer Blick, sprechende Hände. Wie der 77-jährige Blocher so vor seinem Porträt steht und zu «25 Jahre nach dem EWR-Nein – wo stehen wir heute?» gestikulierend referiert, wirkt es einen Moment lang fast wie eine gelungene Parodie auf sich selber. Wäre der Inhalt nicht todernst. Aber dazu später.

«Aargau hä, sitzed alle hine!»

Am Halleneingang drückt ein freundlicher Mann den Besuchern Infomaterial in die Hände: Die «Schweizerzeit» und «Zahlen und Fakten zur Ausländerpolitik». Auf den Tischen liegen Flyer des «Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt» und von «Perspective CH – Forum für Weltoffenheit und Souveränität». Bevor ein Wort gesagt ist, ist klar: Die Bärenmatte ist an diesem Abend der Schützengraben der Verteidiger der eigenständigen Schweiz. Und Otto H. Suhner so etwas wie ihr Kommandant. Der umtriebige Perspective-Präsident hat den Anlass organisiert, sagt: «Was mich ganz besonders freut, Christoph: Dass du deine liebe Frau Silvia begeistern konntest, zu uns in den Untertanenkanton zu kommen.» Das Paar, das vor anderthalb Wochen seine goldene Hochzeit feiern konnte, lacht und applaudiert, und die Zuhörerschaft tut es ihm gleich. Sie sitzt gut verteilt im Saal, der vor allem in den vorderen Reihen einige leere Plätze aufweist. Organisator Suhner nimmt es gelassen, kokettiert: «Das Erste, was Christoph beim Hereinkommen gesagt hat: ‹Ah, Aargau hä, sitzed alle hine!›»

Auf den Tischen stehen Knutwiler, Shorley, Rivella rot. Und Suppenteller. Allerdings nicht, um mit Essen gefüllt zu werden, sondern «für Beiträge nach Ihrem eigenen Ermessen». Die Message ist auch hier eindeutig: Das Fleisch am Knochen wird vom Rednerpult aus serviert. Die Vorspeisen von der Blaskapelle Eigenamt sowie Suhrs Gemeindepräsident Beat Rüetschi. Er stellt sein Dorf vorwiegend in Zahlen vor, bis hin zum Ausländeranteil von 32 Prozent. «Läck», sagt der Sitznachbar, «hui», kommentiert der Gast neben ihm.

«Ich komme immer gern in den Aargau. Um euch muss ich keine Angst haben.»
Christoph Blocher alt Bundesrat

Bis zum letzten Flugblatt

Dann beginnt der eigentliche Teil des Programms. Es ist eine Jubiläumsfeier, oder man könnte auch sagen: eine Art Weisch-no-Festival. «Perspective CH» wurde zwar erst 1993 gegründet, also im Jahr danach, aber entstanden war der Verein 1992, um sich gegen das «Trainingslager für den EU-Beitritt» zu wehren. Und weil runde Geburtstage immer eine gute Gelegenheit sind, um von früher zu schwärmen, sind die alten Kampfkameraden alle gekommen: Luzi Stamm, Ernst Hasler, und natürlich Suhner selber. Sie erzählen, wie sie den Herbst 1992 erlebt hatten. Wie man sich gegen alle, aber gegen wirklich alle zur Wehr setzen musste, bis zum letzten Flugblatt, Zeitungsinserat, Parteiversammlungsauftritt. Luzi Stamm sagt: «Wahrscheinlich wird es im 22. Jahrhundert, wenn es noch Geschichtsbücher geben sollte, heissen: Am Ende des letzten Jahrtausends gab es eine Person, die Gegensteuer gab, die Schweiz vor dem EU-Beitritt bewahrte, die direkte Demokratie rettete. Ganz herzlichen Dank, Christoph Blocher!»

Keine Angst um den Aargau

Das war sein Stichwort. «Gschätzti Aargauerinne und Aargauer, getreui liebi Mitlandslüt us de übrige Schwiiz, liebi Fraue und Manne.» Blocher ergänzt die Episoden seiner Vorredner um eine gute Stunde. Man erfährt, dass das in die Zange genommene Schweizerkreuz, das man als Emblem im «zugegebenermassen amateurhaft geführten Abstimmungskampf» genutzt hatte, nicht von einem PR-Büro stammte, sondern von einem Innerschweizer Handwerker. Man erhält verdeutlicht, was die Folgen der Abstimmung waren: «Wir sind nicht EU-Mitglied. Das ist das Wertvolle.» Er könne zwar nicht sagen, man werde es nie, weil er nicht wisse, «was da noch alles läuft und ob wir stark genug sind. Aber bis jetzt sind wir es nicht.» Leider habe sich die Classe politique bis heute nie mit dem Abstimmungsresultat vom 6. Dezember 1992 abgefunden. «Das ist unschweizerisch!» Die Wahlen müssten deshalb wieder zu einer Abrechnung werden: Wer nicht mache, was das Volk entschieden habe, müsse weg. «Höred uf mit däre Schönheitskonkurrenz!» Lieber ein Unsympathischer, der zur Schweiz stehe, als ein Sympathischer, der sie verrate.

Sein Fazit: «Mir müend nöd is Usland go meine, mir chöned die überzüge. Mir müend säge: Mir wänds eso. Mir sind en unabhängige Staat. Mir befehled do und ihr befehled det.» Es ist die Stimme eines Kämpfers, der das Schlachtfeld seines Lebens noch nicht verlassen kann. Ein bisschen älter ist er geworden, aber kein bisschen müde. Nach einer 40-minütigen Fragerunde nimmt er sich Zeit für Gespräche, ein Selfie mit einem jungen Fan, einen Schwatz mit dem AZ-Reporter. Er sagt: «Ich komme immer gern in den Aargau. Um euch muss ich keine Angst haben.» Jetzt müsse er aber heim, denn er sei ja noch «werktätig». Dann lässt sich Christoph mit Silvia nach Hause chauffieren. An diesem Abend hat er niemanden im Publikum verärgert.

Keine Parodie, sondern todernst: Christoph Blocher vor der Broschüre von 1992.

ANALYSE zum Verhältnis zwischen der Schweiz und der Europäischen Union im neuen Jahr

2018 gehts Brüssel um alles oder nichts

Eines vorweg: Die Schweiz braucht kein institutionelles Abkommen mit der Europäischen Union. Die bilateralen Verträge funktionieren ausgezeichnet. Kaum jemals kommt es zu Konflikten und wenn, dann werden sie auf gütliche Weise in den sogenannten gemischten Ausschüssen geklärt. Das sind die Tatsachen, das ist der Normalzustand.

Aber im Verhältnis Schweiz – EU geht es leider nicht mehr um Tatsachen und Normalzustände. Es geht ums Prinzip. Der Brexit hat der EU ein dermassen grosses Loch in die Flanke gerissen, dass sie sich in einem ideellen Abwehrkampf befindet. Nun gilt es zu beweisen, dass die EU ein politisches Projekt ist und nicht bloss eine Freihandelszone. Dabei kann und darf es aus Brüsseler Sicht nicht sein, dass es mitten in Europa ein Land gibt, welches Zugang zum Binnenmarkt erhält, ohne automatisch EU-Recht zu übernehmen und die Autorität der Richter in Luxemburg zu akzeptieren. Zusätzlich stellt die Schweiz regelmässig EU-Grundwerte wie die Personenfreizügigkeit oder die Kohäsionspolitik zur Debatte. Da bleibt wenig Raum für Pragmatismus.

Weil im Oktober der Rahmen für die künftige Partnerschaft zwischen der EU und Grossbritannien stehen soll, steht auch für die Schweiz der Showdown an. Akzentuiert wird dies durch die schon länger gemachte Ankündigung von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, für ihn werde 2019 Schluss sein. Ihm und seinen Chef-Diplomaten geht es nun also auch darum, ihr politisches Erbe anzurichten.

Jetzt oder nie?

Die EU will also den Rahmenvertrag mit der Schweiz, und sie will ihn jetzt. Das Problem ist, dass der Konflikt zwischen direkter Demokratie und überstaatlichem EU-Recht, der in diesem Abkommen eingeschrieben ist, auch beim besten Willen nur schwer aufzulösen ist. Herr und Frau Schweizer wollen sich das Recht behalten, zu jedem Zeitpunkt und zu jedem Thema eine Volksinitiative oder ein Referendum lancieren zu dürfen. EU-Gerichtshof hin oder her – das ist auch der Grund, weshalb es in der Schweiz keine Verfassungsgerichtsbarkeit gibt.

Technische Details – etwa ob bei der Streitschlichtung eine Klausel hinzugefügt wird, wonach die Schweiz bei einem Verstoss gegen EU-Recht über die Sanktionen mitbestimmen könnte oder ob die marketingtechnisch weniger fremden Richter des Efta-Gerichtshofs zum Zuge kommen sollen – spielen allesamt keine Rolle. Die Gretchenfrage lautet: Ist die Schweiz bereit, die Volksrechte einzuschränken, und zwar überall dort, wo EU-Recht betroffen ist?

Remo Hess, Brüssel
«Ist die Schweiz bereit, die Volksrechte einzuschränken, und zwar überall dort, wo EU-Recht betroffen ist?»

Die abtretende Bundespräsidentin Doris Leuthard wünscht sich in einer grossen EU-Abstimmung einen Realitäts-Check. Ja zu Europa? Nein zu Europa? Ein Richtungsentscheid wäre – erst recht nach der vor einem Jahr beschlossenen, äusserst kreativen und Bilateralen-konformen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative – tatsächlich angezeigt. Dazu würde die EU-Kommission dem Bundesrat sicher ein paar gute Argumente für den Abstimmungskampf mitgeben. Etwa ein Stromabkommen, ein Finanzdienstleistungsabkommen oder die Zusammenarbeit im öffentlichen Gesundheitswesen. Mit dem Rahmenvertrag könnte so eine Art «Bilateralen III»-Paket geschnürt werden – eine runde Sache also. Aber ob sich die Stimmbürger davon überzeugen lassen? Die direkte Demokratie ist hierzulande bekanntlich eine heilige Kuh (oder ein goldenes Kalb – je nach Standpunkt).

Die EU kann die Schweiz nicht zu ihrem Glück zwingen. Im Vergleich zu den Briten gibt es bei den Verhandlungen zum Rahmenvertrag keinen «Brexit-Moment». Scheitern die Gespräche, steht das Land nicht wie Grossbritannien vor dem Nichts – die bilateralen Verträge laufen einfach weiter. Allerdings ist nach dem Knatsch um die provisorische Anerkennung der Schweizer Börse deutlich geworden, dass die EU-Kommission wohl tatsächlich bereit ist, die bilateralen Verträge verkümmern zu lassen. Es geschieht dies ähnlich einem alten Auto, für das man keinen Service mehr erhält. Die geradezu groteske Botschaft aus Brüssel soll auch sein, dass das ungeliebte Rahmenabkommen die Schweiz von solchen Willkürlichkeiten schützen könnte.

Jahr der Entscheidung

Die EU-Kommission unter Präsident Juncker wird alles daransetzen, 2018 zum Jahr der Entscheidung zu machen. Gut möglich, dass sie den Druck dafür nochmals erhöht. Klappt es nicht, kann sich Junckers Nachfolger ab 2019 mit der Schweiz befassen. Wer das sein könnte (und ob er oder sie für den Kleinstaat Schweiz mehr Gehör haben wird als der Luxemburger), ist ungewiss. Zurzeit macht in Brüssel vor allem der Name des hartkernigen Brexit-Chefs Michel Barnier die Runde. Bei Gesprächen mit London hat dieser jeweils einen Kaffeebecher mit dem Spruch «Keep calm and negotiate» («Ruhig bleiben und verhandeln») vor sich. Vielleicht sollte sich der Bundesrat schon mal erkundigen, wo es diese Becher zu kaufen gibt.

remo.hess@azmedien.ch